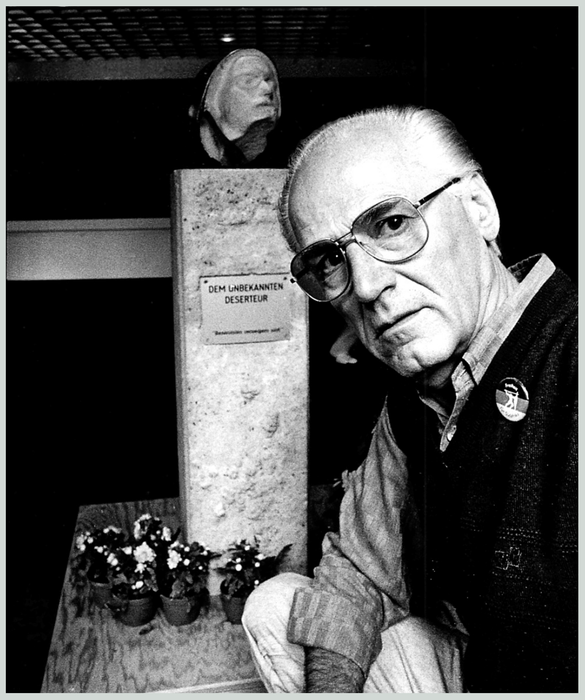
Der Kampf um Rehabilitierung

»Es geht um unser Leben voller Demütigungen, Kriminalisierung, Verleugnung und Bedrohung. Und es geht um unsere späte Würde. Darum werden wir zusammen mit unseren Verbündeten kämpfen – in der Öffentlichkeit und im Bundestag.«

Ludwig Baumann in einem Brief vom 6. Mai 1996 an den Bundestagsabgeordneten Volker Kröning (SPD)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges grenzten weite Teile der deutschen Gesellschaft Deserteure, »Wehrkraftzersetzer« und andere Opfer der NS-Militärjustiz als »Feiglinge« und »Vaterlandsverräter« aus; ehemals Verfolgte kämpften vergebens um ihre Rehabilitierung. Erst Ende der 1980er-Jahre gelang es ihnen mithilfe von aus der Friedensbewegung hervorgegangenen Initiativen, das Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen. Im Oktober 1990 gründeten 37 ehemals Verfolgte sowie Wissenschaftler und politische Gruppen aus ganz Deutschland in Bremen die »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.«. Ihr Ziel war die Aufhebung der Todesurteile sowie die Rehabilitierung und Versorgung der Opfer. Nach jahrelanger kontroverser Diskussion beschloss der Deutsche Bundestag 1998 mit großer, parteiübergreifender Mehrheit das »Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege«. Damit waren zunächst die wegen »Wehrkraftzersetzung« Verurteilten rehabilitiert. Die Annullierung aller gegen Deserteure und »Kriegsverräter« ergangenen Urteile erfolgte in den Jahren 2002 bzw. 2009. Die meisten der überlebenden Opfer waren zu dieser Zeit bereits verstorben; für sie kam diese Rehabilitierung zu spät.



Ludwig Baumann vor dem »Denkmal des unbekannten Deserteurs«, Bremen, 1987.

Ludwig Baumann engagierte sich gemeinsam mit Kriegsdienstverweigerern in den 1980er-Jahren in der Initiative »Reservisten verweigern sich«. In den Gesprächen und Veranstaltungen ging es auch um die Bedeutung von »Tapferkeit«, »Pflicht« und »Gehorsam« in der Wehrmacht wie in der Bundeswehr. Bei der Gründung der von ihm maßgeblich initiierten »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.« am 20./21. Oktober 1990 wurde Ludwig Baumann zum Vorsitzenden gewählt. Dieses Amt übt er seither mit großem Engagement aus.

Privatbesitz Ludwig Baumann, Bremen

Die Mitarbeiter der neuen Geschäftsstelle für die Opfer der NS-Justiz: Luise Röhrs, Ilse-Marie Wülpern, Uschi Kongi und Ludwig Baumann (von links). Foto: Rosemarie Rospek

Späte Genugtuung für die Opfer der NS-Justiz

Vereinigung eröffnete in Bremen Geschäftsstelle

mrs. Endlich haben sie Aussicht auf Genugtuung — die Menschen, die sich während der NS-Herrschaft „passiv" widersetzten, indem sie desertierten oder kritische Bemerkungen machten, die als „Wehrkraftzersetzung" bestraft wurden. Ludwig Baumann und Luise Röhrs, Vorsitzende der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz", konnten jetzt eine Geschäftsstelle eröffnen: Die erste, die in Deutschland geschaffen wurde, um NS-Opfern zu helfen, die bislang keine Entschädigung bekommen haben.

„Wir sind voller Freude", so Ludwig Baumann, „über ein Urteil des Bundessozialgerichts in Kassel, mit dem der Witwe eines Deserteurs kürzlich Hinterbliebenenrente zugesprochen wurde." Daraus ergebe sich, daß die Gerichte jetzt beweisen müssen, daß die Urteile, die von den NS-Richtern vor 1945 ausgesprochen wurden, rechtens waren. Und diese Fälle dürften sehr selten sein.

Fritz Wüllner, der zahllose Akten durcharbeitete, berichtete von durchaus rechtmäßigen Urteilen — für ihn der Beweis, daß die Justiz sich „nicht verschanzen kann hinter dem Zwang, den die Oberen, gar Hitler selbst, damals ausübten". Mindestens 50 000 Todesurteile wurden gefällt, die meisten wegen Desertion, wie bei Ludwig Baumann geschehen.

Luise Röhrs war eine mutige Frau: Nach dem 20. Juli 1944 machte sie die Bemerkung, daß sie, wenn sie zu den Offizieren gehört hätte, beim Attentatsversuch auf Hitler dabeigewesen wäre. Die Quittung: Verurteilung zum Tode, später in Zuchthaus umgewandelt.

Erst 1990 wurde das Urteil offiziell als unrechtmäßig gewertet und ihr Entschädigung zugesprochen. Doch wichtiger als Geld, „was ich mit meinem 78 Jahren kaum noch ausgeben kann", ist ihr die Rehabilitation, um die sie so lange kämpfen mußte.

Justizsenator Volker Kröning will sich bei der SPD-geführten Bundesländern dafür einsetzen, daß eine schnelle Lösung gefunden wird, um alle Opfer entschädigen zu können. Er verwies auf das kürzlich vorgelegte „Erste Unrechtsbereinigungsgesetz", mit dem die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen habe, um die Opfer der Justiz der DDR zu entschädigen. In dieses Gesetzesvorhaben sollen Möglichkeiten der Entschädigung für NS-Opfer integriert werden, forderte Kröning anläßlich der Eröffnung der Geschäftsstelle.

Dort werden drei ABM-Kräfte arbeiten. Die Geschäftsstelle ist unter der Telefonnummer 1 38 53 in der Bürgermeister-Smidt-Straße zu erreichen.

Artikel des »Weserkuriers« über die Eröffnung der Geschäftsstelle der »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.« in Bremen, 21. September 1991.

Die Einrichtung der Geschäftsstelle schuf eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit der Bundesvereinigung. Ein Netzwerk aus Historikern, Privatpersonen, der evangelischen Kirche, Verbänden und Parteien sorgte dafür, dass bereits 1991 die ersten Gesetzesinitiativen zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in den Deutschen Bundestag eingebracht werden konnten. Sieben Jahre später folgte die Verabschiedung des »Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege«, mit dem Schuldsprüche zunächst gegen »Wehrkraftzersetzer« für nichtig erklärt wurden.

Weserkurier, 21. September 1991

NS-Kriegsjustiz „segensreich"

Eklat bei Anhörung zur Rehabilitierung von Deserteuren

Von Ferdos Forudastan

BONN, 29. November. Bei der Bundestagsanhörung über die Wiedergutmachung für Opfer der NS-Militärjustiz ist es am Mittwoch zum Eklat gekommen, als die Meinungen der von der Opposition eingeladenen Kritiker und der von der CDU/CSU bestellten Rechtfertiger der Wehrmachtsgerichtsbarkeit aufeinander prallten. So gerieten mehrere Teilnehmer des Hearings außer sich, als der frühere Wehrmachtsrichter Otfried Keller die Urteile gegen Deserteure, Fahnenflüchtige und „Wehrkraftzersetzer" im Zweiten Weltkrieg als grundsätzlich rechtmäßig darstellte.

Keller lobte in seinem Vortrag, die einschlägigen Kriegsstrafbestimmungen hätten sich damals für die „ohne Zweifel rechtsstaatlichen" Verfahren und für die Angeklagten als „segensreich" erwiesen. Als die bündnisgrüne Abgeordnete Christa Nickels rief: „Unglaublich, er rechtfertigt Nazi-Urteile", schrie der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Geis, zurück: „Sie ertragen die Wahrheit nicht." Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur und als Vorsitzender der Vereinigung „Opfer der NS-Militärjustiz" ebenfalls Sachverständiger bei der Anhörung, reagierte auf Kellers Worte mit dem Ruf „Ich halte das nicht aus."

Baumann hatte in seiner Stellungnahme gefordert, dass der Bundestag die Urteile der NS-Militärrichter für unrechtmäßig erklären müsse, um den rund 300 noch immer als vorbestraft geltenden überlebenden Verurteilten ihre verlorene Ehre wiederzugeben. Außerdem verlangte er eine finanzielle Entschädigung. Baumann erinnerte daran, dass die Wehrmachtsrichter in rechtsstaatswidrigen Verfahren über 30 000 Menschen zum Tode und über 100 000 Menschen zu grausamen Haftstrafen verurteilt hatten.

Der ehemalige Vorsitzende Richter Heinz Düx unterstützte die Forderung nach Entschädigung unter anderem mit dem Hinweis, dass es sich bei den Militärjustizopfern um typische NS-Verfolgte handelte, die sich dem verbrecherischen Angriffskrieg der Nazis entziehen wollten. Deswegen komme es nicht darauf an, ob sie aus ethisch wertvollen Motiven gehandelt hätten. Der ehemals leitende Historiker am militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, Manfred Messerschmidt, legte dar, dass die Wehrmachtsjustiz nationalsozialistisch orientiert und seit 1941 auch offen durch die NS-Führung gesteuert war.

Der von der CDU/CSU geladene Bundeswehrgeneralmajor a. D. Jürgen Schreiber wies die Forderung nach Rehabilitierung mit der Begründung zurück, Deserteure seien nicht politisch motiviert gewesen und hätten ihre Kameraden in Todesgefahr gebracht. Der ebenfalls von der Union geladene Münchner Professor Franz Seidler plädiert seit Jahren gegen die Rehabilitierung, indem er Deserteure als kriminell oder asozial darstellt. Alfred de Zayas, US-Völkerrechtler, bestreitet, dass die Wehrmachtsjustiz im Dienst des Nationalsozialismus stand.

Kommentar auf Seite 3

Bericht der »Frankfurter Rundschau« über eine Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, 30. November 1995.

Der Artikel macht die Konfliktlinien während der Auseinandersetzungen um die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz deutlich: Aufseiten der CDU/CSU und bei Teilen der FDP-Fraktion im Bundestag herrschte die Auffassung vor, dass insbesondere Desertion in der Regel nicht politisch motiviert gewesen sei. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass das Delikt auch im bundesdeutschen Wehrgesetz unter Strafe stehe. Demgegenüber vertraten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS (heute DIE LINKE) die Ansicht, dass der Unrechtscharakter des NS-Regimes maßgeblich sei und deshalb jegliche Form der Verweigerung Respekt und Anerkennung verdiene. Verschärft wurde der Streit durch das Aufeinandertreffen der teilweise als Gutachter geladenen Zeitzeugen – ehemalige Verurteilte und Wehrmachtjuristen – in den Ausschusssitzungen des Bundestages in den 1990er-Jahren.

Frankfurter Rundschau, 30. November 1995

Mahnwache am Deserteursdenkmal in Hamburg-Blankenese, 2. Februar 1991.

Seit Ende der 1980er-Jahre engagierten sich verschiedene Initiativen bundesweit für Deserteursdenkmäler. In Hamburg entstand ein solches Denkmal im Januar 1991 auf dem Blankeneser Bahnhofsplatz. Anlass für die Künstlerin Andrea Peschel, dieses Denkmal zu gestalten, war der sogenannte zweite Golfkrieg. Dieser Krieg sensibilisierte insbesondere junge Menschen für Fragen der Desertion. Gleichzeitig meldeten sich ehemals Verfolgte der NS-Militärjustiz zu Wort. Doch fand das Anliegen eines Deserteursdenkmals in der Hamburger Öffentlichkeit und Politik nur vereinzelt Gehör.

Friedensinitiative Blankenese

Titel historischer Studien zur NS-Militärjustiz.

Die Erforschung der Wehrmachtjustiz ging von einzelnen engagierten Historikern und Privatforschern oder von Gedenkstätteninitiativen aus. Manfred Messerschmidt hatte erste Forschungsergebnisse zur Wehrmachtjustiz bereits 1981, während seiner Tätigkeit als Leitender Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, publiziert. Doch erst die gemeinsam mit dem Privatforscher Fritz Wüllner 1987 veröffentlichte Studie »Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende« führte zu größerer öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Geschichtswerkstatt Marburg und das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager brachten seit Ende der 1980er-Jahre lokale Forschungen auf den Weg und vernetzten Akteure und Institutionen.